

Ihrer Exzellenz der Präsidentin der Europäischen Kommission
Frau Dr. Ursula von der Leyen
Berlaymont
Rue de la Loi 200
1040 Brüssel
Belgien

Kürzel
Sc/ML

Telefon
022350100

E-Mail
brusselsoffice@germantaxadvisers.eu

Datum
9. Januar 2023

Gesetzgebungsinitiative SAFE der Europäischen Kommission

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

als Präsidenten der Bundessteuerberaterkammer und des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V. vertreten wir als German Tax Advisers gemeinsam die Gesamtheit der über 100.000 Steuerberaterinnen und Steuerberater in Deutschland. Wir wirken aktiv an der Beratung über die Steuergesetze und an der Gestaltung des Berufsrechts mit.

Grund unseres heutigen Schreibens ist der geplante Vorschlag für eine Ratsrichtlinie „zur Bekämpfung der Rolle von Vermittlern, die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung erleichtern“ (SAFE). Der Vorschlag wird derzeit von der Generaldirektion Steuern und Zollunion (GD TAXUD) vorbereitet. Mit der Initiative versucht Ihre Dienststelle, eine weitere Antwort auf die Enthüllungen der sog. Pandora bzw. Panama Papers zu finden.

I. Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit

Als German Tax Advisers lehnen wir jegliche Mitwirkung von Mitgliedern unseres Berufsstands an der Verübung von Steuerhinterziehung oder aggressiver Steuerplanung ab. Zugleich unterstützen wir geeignete und verhältnismäßige Instrumente zur Eindämmung dieser gesellschaftlichen Fehlentwicklung. Diese Voraussetzungen sehen wir bei SAFE jedoch nicht erfüllt.

Insbesondere zeigen die Pandora Papers eindeutig einen vorherrschenden *Drittstaatenbezug*: Grenzüberschreitende Steuerhinterziehungen und aggressive Steuerplanung werden aufgrund komplexer Strukturen in Drittstaaten verübt und ganz überwiegend von Dienstleistern vermittelt, die ihren Sitz ebenfalls in einem Drittstaat haben.

Es darf bezweifelt werden, ob mit den im Rahmen von SAFE vorgestellten Instrumenten (Verbot, Due-Diligence-Pflichten, Registrierungspflicht oder Verhaltenskodex) die Rolle dieser Vermittler wirksam bekämpft werden kann. Multinational agierende Vermittler werden sich durch eine solche EU-Richtlinie aufgrund der fehlenden Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung kaum von ihrem einträglichen Geschäftsmodell abbringen lassen. Stattdessen würden Berufsgruppen innerhalb der Europäischen Union weitere Belastungen aufgebürdet, die ihrerseits nicht zum Kreis von Beratern zählen, die Steuerhinterziehung oder aggressive Steuerplanung ermöglichen.

II. Rechtstaatliche Bedenken

Bereits im Titel der SAFE-Initiative werden die Begriffe „Steuerhinterziehung“ und „aggressive Steuerplanung“ vermischt. Diese Vermengung strafbarer und erlaubter Handlungen wirft verschiedene rechtliche Widersprüche und rechtstaatliche Bedenken auf.

Insbesondere gehört die Abgrenzung zwischen zulässiger und unzulässiger Steuergestaltung zu den Aufgaben des jeweils zuständigen Gesetzgebers. Mit dem Richtlinienvorschlag SAFE droht jedoch die Schaffung einer Grauzone von legalen, aber unerwünschten Steuergestaltungen. Eine solche Vermengung zulässiger und unzulässiger Steuergestaltungen wirft erhebliche rechtstaatliche Bedenken auf.

- Aus diesen und weiteren in unseren Stellungnahmen genannten Gründen, die wir im Wege des Konsultationsverfahrens eingereicht haben, regen wir dringend eine kritische Revision des geplanten Richtlinienvorschlags und gegebenenfalls die Einstellung von SAFE an.

III. Steuerberaterinnen und Steuerberater als Organe der Steuerrechtspflege

Angesichts des komplexen Steuerrechts in Deutschland benötigen Steuerpflichtige eine qualifizierte steuerliche Beratung. Steuerberater in Deutschland sind *gesetzlich verankerte Organe der Steuerrechtspflege*. In dieser Verantwortung helfen sie den Unternehmen, ihren fairen Anteil an Steuern zu zahlen.

Damit tragen Sie gleichzeitig zum Steueraufkommen des Staates bei und entlasten die Finanzverwaltung. Die Berufsangehörigen handeln dabei innerhalb der vorgegebenen Schranken des Strafrechts, des Steuerrechts und des Berufsrechts. Diese Bestimmungen bilden bereits einen wirksamen und hinreichenden Rechtsrahmen zum Verbot der Mitwirkung an rechtswidrigen Steuergestaltungen.

- Vor diesem Hintergrund sehen wir keinen Regelungsbedarf für ein solches Vorhaben und fordern die Europäische Kommission auf, reglementierte Steuerberufe aus dem *Geltungsbereich* der geplanten Richtlinie *auszunehmen*.

IV. Effektivere Instrumente im Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung

Ein viel effektiveres Instrument im Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung wäre ein starker Rechtsrahmen, der den Beruf reglementiert, höchstmögliche Qualifizierung, ethische Grundsätze, Unabhängigkeit und Pflichtmitgliedschaft gewährleistet und mit Sanktionen durchsetzbar ist. Für diejenigen Staaten, in denen die steuerberatenden Berufe bereits heute einem solchen berufsrechtlichen Rahmen unterliegen, ist das SAFE-Projekt daher ungeeignet und verfolgt den falschen Ansatz.

Schließlich verwehren wir uns als Spitzenorganisationen des Berufsstands in Deutschland entschieden dagegen, dass unser Beruf von der Kommission pauschal als „Vermittler aggressiver Steuerplanung“ dargestellt wird. Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, diese rufschädigende und herabwürdigende Bezeichnung zu unterlassen.

Wir würden uns sehr über die Gelegenheit freuen, uns mit Ihnen in einem kurzen persönlichen Gespräch über diese Initiative auszutauschen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Hartmut Schwab, StB
BStBK Präsident

StB Torsten Luth
DStV Präsident